

POSITIONSPAPIER

AUSSENPOLITIK

Genehmigt durch die Mitgliederversammlung vom 17.05.2025 in Liestal

Inhalt

Vision	3
Situationsanalyse	4
Forderungen	5
1. Multilateralismus	5
Die Schweiz setzt sich aktiv für eine Reform der UNO ein.....	5
Investitionen für ein starkes internationales Genf	5
2. Neutralität	6
Eine Starke Neutralitätspolitik.....	6
Auf das Völker- und Menschenrecht ausgerichtete Neutralitätspolitik.....	6
Kooperation mit Partnerländern und -organisationen in militärisch relevanten Bereichen.....	7
Ein Überarbeitetes WaffenwiederausfuhrgeSetz	7
Die Neutralität ist ein Mittel zum Zweck	8
3. Friedens- und Demokratieförderung	8
Entwicklungszusammenarbeit ist eine Investition	8
Wirtschaft, Bildung, nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung und Gesundheitsförderung bei der Entwicklungszusammenarbeit	9
Weiterführung der militärischen Friedensförderung.....	9
Die Benutzung von künstlicher Intelligenz in Kriegssituationen einschränken:.....	10
4. Handelspolitik	10
Neue Freihandelsabkommen.....	10
Den Agrarprotektionismus abbauen	11
5. Europapolitik	12
Verstärkte Zusammenarbeit mit der EU	12
Die Schweiz braucht europäische Perspektiven.....	12

Vision

Wir Jungen Grünliberalen setzen uns für eine Weltordnung ein, in der die internationalen Beziehungen durch Recht und Dialog und nicht durch Gewalt geregelt werden. Das internationale System soll auf die universellen Menschenrechte und dem Völkerrecht basieren. Die Schweiz engagiert sich für eine regelbasierte Weltordnung und macht bei der Grossmachtpolitik bestimmter Länder nicht mit.

Für geregelte internationale Beziehungen sind starke internationale Institutionen wie die Vereinten Nationen unabdingbar. Die Schweiz nimmt, mit Genf als Heimat vieler dieser Institutionen, eine bedeutende Rolle in der Stabilität der internationalen Ordnung ein. Es ist im Schweizer Interesse, die Legitimität und Funktionsfähigkeit dieser internationalen Institutionen zu stärken. In den heutigen Zeiten muss sie es umso mehr tun, damit das Völkerrecht durchgesetzt und globale Konflikte friedlich gelöst werden.

Die Neutralität der Schweiz ist kein Selbstzweck, sondern ein sicherheitspolitisches Instrument, das zur Wahrung des Friedens und der internationalen Ordnung beiträgt. Sie basiert auf und orientiert sich an der Einhaltung des Völkerrechts und der Menschenrechte. Die Neutralität stärkt die Soft Power der Schweiz und erhöht deren Einfluss auf das weltweite Gleichgewicht, in dem sie der Schweiz erlaubt, als glaubwürdige Vermittlerin aufzutreten. Dafür muss die Schweiz unparteiisch bleiben, indem sie sich stets auf die Seite des Rechts stellt.

Neutralität bedeutet nicht Passivität, insbesondere bei Angriffskriegen und Verletzungen der Menschenrechte. Neutralität bedeutet auch nicht Isolierung. Die Neutralitätspolitik der Schweiz erlaubt eine strategische Annäherung an Europa. Zusammenarbeit, insbesondere aber nicht ausschliesslich mit europäischen Partnern, ist ein wichtiges Instrument für die Sicherheit der Schweiz, des europäischen Kontinents und der Welt. Dafür muss die Schweiz sich als verlässlicher Partner zeigen und die Weitergabe von Waffen an gleichgesinnten Ländern erlauben, wenn sie angegriffen werden. Die Schweiz strebt auch an, mit weiteren Ländern Freihandelsabkommen abzuschliessen und gute wirtschaftliche Beziehungen über jegliche Blöcke hinaus zu etablieren.

Die Schweiz setzt sich aktiv für Frieden und Demokratie ein. Ihre Friedens- und Demokratieförderungsaktivitäten, verbunden mit Entwicklungszusammenarbeit, tragen zur Stabilisierung globaler Herausforderungen bei. Demokratie ist die Staatsform, die am besten die universellen Menschenrechte durchsetzen kann und die den Frieden fördert. Im Sinne ihrer humanitären Tradition engagiert sich die Schweiz für internationale Zusammenarbeit, die sich durch Solidarität und die Rolle der Schweiz als neutraler Akteur auszeichnet. Friedenförderung dient dazu bei, Perspektiven zu schaffen und globale Krisen zu meistern.

Die Schweiz setzt sich für Freihandel ein. Die Abschaffung von Handelshemmnissen schafft Wohlstand für alle teilnehmenden Staaten. Darüber hinaus fördert der Freihandel Innovation, Wissensaustausch, den Austausch zwischen Kulturen und Menschen und bringt somit die Menschheit insgesamt weiter. Handel ist Zusammenarbeit, eine Zusammenarbeit die Beziehungen und Freundschaften schafft zwischen Ländern und damit auch hohe Hürden für militärische Konflikte kreiert.

Die Schweiz hat stabile und geregelte Beziehungen mit der Europäischen Union. Dank revidierten Abkommen profitiert die Schweiz von einem möglichst uneingeschränkten Zugang zum internen Markt. Das langfristige Ziel der Schweiz ist eine vollständige Integration in das europäische Konstrukt, wenn die Bedingungen stimmen.

Situationsanalyse

Wir leben in einer Zeit, welche von mehr Konfrontation zwischen Ländern und insbesondere Grossmächten gekennzeichnet wird. Das „Ende der Geschichte“ und der Sieg des Liberalismus, welche am Ende des Kalten Krieges prophezeit wurden, haben sich nicht verwirklicht. Die Opposition zwischen Demokratien und Autokratien wird deutlicher und eine Blockbildung anhand von Ideologien findet statt. Nationalismus und Isolationismus sind Ideologien, welche an Gewicht gewinnen, während Empathie und Solidarität immer mehr fehlen. Freihandel wird in Frage gestellt und Handelskriege finden statt. Die Rückkehr des Krieges in Europa und die ambivalente Rolle der Vereinigten Staaten stellen ein Risiko für die Sicherheit der Schweiz dar.

In diesem Kontext sind die bestehenden internationalen Organisationen veraltet und paralysiert, sodass sie die Konfliktfreudigkeit bestimmter Länder nicht entgegenwirken können. Die Dysfunktionalität alter Plattformen schwächt den Multilateralismus und erhöht das Konfliktrisiko. Zusätzlich reflektieren diese internationalen Organisationen und deren Strukturen oft nicht mehr die geopolitische Realität. Zum Beispiel ist der UNO-Sicherheitsrat blockiert und nicht repräsentativ für die Weltbevölkerung. Phänomene wie die Entstehung von Organisationen wie BRICS und ASEAN sowie der Rücktritt von bestimmten Ländern aus internationalen Organisationen zeigen die Unzufriedenheit vieler Staaten mit der bestehenden Ordnung. In diesem Kontext verfügt die Schweiz über keine klare Agenda zur Stärkung funktionierender internationaler Organisationen.

Die aktuelle Schweizer Aussenpolitik weist Schwächen auf. Insbesondere handelt die Schweiz reaktiv und nicht proaktiv. Ihre Haltung zu Europa ist unklar, insbesondere betreffend was Zusammenarbeit im militärischen Bereich sowie Waffenexporte betrifft. Die bilateralen Verträge mit der EU sind veraltet und müssen revidiert werden. Die Schweiz weist Isolierungstendenzen auf und betrachtet ihre Neutralität als eine heilige Kuh. Die von der Schweiz betriebene Entwicklungszusammenarbeit wird in Frage gestellt, sowohl intern durch deutliche Sparmassnahmen als auch extern wegen geopolitischer Verschiebungen.

Forderungen

1. Multilateralismus

DIE SCHWEIZ SETZT SICH AKTIV FÜR EINE REFORM DER UNO EIN

Die Schweiz setzt sich auf internationaler Ebene für eine institutionelle Reform der UNO ein, die zu einer besseren Repräsentation der globalen geopolitischen und demografischen Gleichgewichte sowie zu einer besseren regionalen Vertretung führen würde. Ein zusätzliches Ziel ist es, die Demokratisierung der UNO zu fördern.

Wirkungsweise: Die Arbeitsweise der UNO basiert hauptsächlich auf Regeln, welche gleich nach dem zweiten Weltkrieg gesetzt wurden¹. Das UNO-System ist heutzutage unfähig, interstaatliche Konflikte zu lösen. Eine Reform dieser Institution könnte Blockaden aufheben, indem sie die Entscheidungsbefugnisse zwischen den Mitgliedsstaaten besser verteilt. Insbesondere sollte diese Reform die neuen demographischen und geopolitischen Gleichgewichte berücksichtigen, da die Lage sich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges verändert hat. Zusätzlich muss generell die Dominanz von westlichen Akteuren in internationalen Organisationen (auch anderen als der UNO) kritisch hinterfragt werden. Es kann nicht sein, dass der IWF immer eine:n europäischen Präsident:in und die Weltbank eine:n US-amerikanische:n Präsident:in hat².

Umsetzung: Zu den möglichen Reformen, die in Betracht gezogen werden, zählen die Abschaffung des Vetorechts der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrats, die Erhöhung der Zahl der ständigen Mitglieder im Sicherheitsrat, einschliesslich bevölkerungsreicher Länder aus allen Kontinenten (z.B. Indien, Brasilien und Nigeria), und die Ausweitung der Befugnisse der Generalversammlung. Das EDA soll sich aktiv für die Bildung von Allianzen einsetzen, die diese institutionellen Reformen fördern. Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass nicht-westliche Länder in den Gremien internationaler Organisationen angemessen vertreten werden.

INVESTITIONEN FÜR EIN STARKES INTERNATIONALES GENF

Die Schweiz setzt sich für das internationale Genf ein, indem sie eine proaktive Standortpolitik betreibt. Dafür verzichtet sie auf Sparmassnahmen in diesem Bereich und investiert in die nötige Infrastruktur.

Wirkungsweise: Genf spielt eine wichtige Rolle innerhalb des internationalen multilateralen Systems³. Dank einem besonderen Einsatz der Schweiz können die Kommunikationskanäle und die Plattformen in Genf offen bleiben, auch wenn bestimmte Staaten diese schwächen wollen. Mit finanziellen, personellen und infrastrukturellen Leistungen kann die Schweiz dafür sorgen, dass die multilateralen Institutionen weiterhin funktionieren und ihren Beitrag zur Frieden-, Menschenrechte- und Demokratieförderung in der ganzen Welt leisten können.

¹ <https://www.un.org/fr/about-us/history-of-the-un>

² [https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Weltbank_\(World_Bank_Group\)](https://www.staatslexikon-online.de/Lexikon/Weltbank_(World_Bank_Group))

³ <https://www.geneve-int.ch/fr/geneveinternationale>

Umsetzung: Die Schweiz verzichtet auf Sparmassnahmen, welche die besondere Stellung von Genf im multilateralen System schwächen könnten. Sie sorgt dafür, dass die Gebäude und Infrastrukturen der internationalen Organisationen in Genf saniert werden bleiben, und dass die Stadt und ihre Umgebung für Diplomati:innen aus der ganzen Welt attraktiv bleibt. Die Schweizer Diplomatie setzt sich dafür ein, dass die anderen Länder die wichtige Rolle der internationalen Organisationen wie die WTO und die WHO anerkennen.

2. Neutralität

EINE STARKE NEUTRALITÄTSPOLITIK

Die Schweiz soll ihre Neutralitätspolitik stärken und die bestehenden Instrumente weiterhin nutzen, um als Vermittlerin handeln zu können. Dafür stärkt sie das Narrativ um ihre Neutralität und sorgt dafür, dass sie als neutral wahrgenommen wird.

Wirkungsweise: Die Schweiz nutzt ihre Neutralität, ihre lange humanitäre Tradition und ihren Standort als Multilateralismus-Hub, um auf der globalen Bühne Einfluss zu nehmen und sich für ihre Werte und Interessen stark zu machen. Dieses Alleinstellungsmerkmal muss weiter ausgebaut und gefördert werden, um im zukünftigen geopolitischen Gefüge relevant zu bleiben und sich für Frieden und die Entwicklungszusammenarbeit einsetzen zu können.

Umsetzung: Durch ein verstärktes Engagement bei der internationalen Vermittlung und Fazilitation kann die Schweiz Frieden fördern und ihre Position in der internationalen Gemeinschaft stärken. Die Politik der guten Dienste muss systematisiert und ausgebaut werden. Schutzmandate, Mediation und Rolle als Gaststaat müssen die Schweizer Aussenpolitik weiterhin kennzeichnen. Dafür muss die Schweiz als neutral von den anderen Staaten wahrgenommen werden und ihre Neutralitätspolitik proaktiv erklären und bewerben.

AUF DAS VÖLKER- UND MENSCHENRECHT AUSGERICHTETE NEUTRALITÄTSPOLITIK

Die Schweiz soll ihre Neutralitätspolitik nach dem Völker- und Menschenrecht ausrichten und internationale Rechtsbrüche selbstständig sanktionieren können.

Wirkungsweise: Um ihre Neutralität dem 21. Jahrhundert anzupassen, muss sich die Schweiz bei gewichtigen internationalen Rechtsbrüchen positionieren und immer auf die Seite des Rechtes, insbesondere der UN-Charta und der Menschenrechte, stellen. Dazu gehört auch eine selbstständige und unparteiische Sanktionspolitik, die sich ebenfalls nach dem Völker- und Menschenrecht richtet. Mit einer autonomen Sanktionspolitik würde die Schweiz als neutraler Akteur glaubwürdiger auf der internationalen Szene wahrgenommen, was die Wirkung ihrer Aussenpolitik stärken würde.

Umsetzung: Die Schweiz ändert ihr Embargogesetz, welches momentan (nach einer gescheiterten Revision) nur die Übernahme fremder Sanktionen ermöglicht⁴, um nun auch selbstständig Sanktionen erlassen zu können. Sie positioniert sich bei gewichtigen

⁴ <https://anneepolitique.swiss/prozesse/62258-anderung-des-embargogesetzes-brg-19-085>

internationalen Rechtsbrüchen immer auf der Seite des Rechtes und erlässt auch dementsprechend proaktiv Sanktionen gegen Länder, welche die internationalen Grundregeln nicht einhalten.

KOOPERATION MIT PARTNERLÄNDERN UND -ORGANISATIONEN IN MILITÄRISCH RELEVANTEN BEREICHEN

Die Jungen Grünliberalen begrüßen die Forderung nach einer vertieften europäischen Zusammenarbeit im Bereich Verteidigung. Neutralität bedeutet nicht Isolierung. Die Schweiz anerkennt die Wichtigkeit von grenzüberschreitender militärischer Kooperation für ihre eigene Sicherheit und nimmt an solchen europäischen Verteidigungsinitiativen teil. Die Interoperabilität der Schweizer Armee mit den anderen europäischen Armeen muss gewährleistet sein.

Wirkungsweise: Um die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz zu gewährleisten, muss die Schweiz mit (insbesondere europäischen) Partnerstaaten und -organisationen zusammenarbeiten. Von besonderer Bedeutung sind hierbei die Bereiche der Luftverteidigung und der Cybersecurity, in denen eine verstärkte grenzüberschreitende Kooperation unerlässlich ist. Wie die letzten Jahre es gezeigt haben, häufen Cyber-Angriffe auch auf neutrale Staaten wie die Schweiz⁵. In vielen Bereichen kann die Schweiz dank einer verstärkten Zusammenarbeit von der Expertise anderer Staaten profitieren. Diese Kooperation sollte sowohl Übungen als auch die Aufrüstung betreffen.

Umsetzung: Die Schweiz beteiligt sich an paneuropäischen Verteidigungsprojekten, wo immer dies militärisch relevant ist, und an Übungen, die den Austausch mit Expert:innen anderer Länder ermöglichen und die Interoperabilität der Schweizer Armee gewährleisten. Die Aufrüstung der Schweizer Armee wird so durchgeführt, um die Interoperabilität mit den anderen europäischen Armeen und den NATO-Waffensystemen zu gewährleisten. Die Schweiz priorisiert den Kauf von europäischem Kampfmateriel. Die Teilnahme an bilateralen oder internationalen Übungen soll relevante Kompetenzen, auch die eigenen Verteidigungsfähigkeit, stärken.

EIN ÜBERARBEITETES WAFFENWIEDERAUSFUHRGESETZ

Neutralität bedeutet nicht Gleichgültigkeit. Das Waffenwiederausfuhrgesetz muss angepasst werden, um gewissen Staaten die Wiederausfuhr von Kriegsmateriel in bestimmte Länder gewährleisten zu können.

Wirkungsweise: Die Schweiz soll in der Lage sein, werteteilenden Staaten die Wiederausfuhr von Schweizer Rüstungsgütern zu ermöglichen, insofern deren Nutzung im Einklang mit dem internationalen Recht ist. Werteteilende Staaten müssen Demokratien sein, welche sich durch einen funktionierenden Rechtsstaat und die Einhaltung der Menschenrechte kennzeichnen. Die Schweiz stellt somit sicher, dass sie auf der Seite der angegriffenen Länder und des Völkerrechts steht. Dies trägt gleichzeitig dazu bei, Vertrauen in die Schweizer Rüstungsindustrie wiederherzustellen. Ohne eine solche Revision des

⁵ <https://www.srf.ch/news/schweiz/cyberattacken-in-der-schweiz-hacker-greifen-ueberall-und-immer-oeffter-an>

Waffenwiederausfuhrgesetzes würde die Glaubwürdigkeit sowohl der Schweiz als Verfechterin des Völkerrechts als auch ihrer Rüstungsindustrie unterminiert.

Umsetzung: Das Waffenwiederausfuhrgesetz wird so abgeändert, dass werteteilenden Staaten die Wiederausfuhr von in der Schweiz hergestellten Kriegsmaterial in Drittstaaten unter strengen Bedingungen ermöglicht wird. Es beinhaltet auch eine Klausel, die es der Schweiz ermöglicht, die Wiederausfuhr zu unterbinden, sobald die Rüstungsgüter im Kontext von internationalen Rechtsbrüchen verwendet werden. Diese Gesetzesänderung hätte keinen Bruch mit dem Neutralitätsrecht zur Folge.

DIE NEUTRALITÄT IST EIN MITTEL ZUM ZWECK

Die Neutralität ist kein Selbstzweck und muss kontinuierlich neu evaluiert werden. In einem instabilen internationalen Kontext ist Flexibilität nötig, um die Sicherheit der Schweiz zu gewährleisten. Alle Versuche, die Neutralität in den Stein zu meißeln, müssen abgelehnt werden.

Wirkungsweise: Die Neutralität muss ein Mittel zum Zweck bleiben, d. h. sie muss den sich verändernden geopolitischen Gegebenheiten angepasst werden und ihr Nutzen jeweils neu evaluiert werden. Sie darf nicht zum Selbstzweck evolvieren. Insbesondere in einem instabilen geopolitischen Hintergrund muss die Schweizer Neutralität anpassungsfähig sein und nicht dogmatisch ausgelegt werden. So kann die Schweiz ihre Interessen schützen.

Umsetzung: Die Schweizer Neutralitätspolitik soll nicht verrechtlicht werden, damit sie jeweils den Umständen angepasst werden kann. Alle Bestrebungen, eine bestimmte Auslegung der Neutralität in der Verfassung zu verankern, müssen abgelehnt werden. Nichtsdestotrotz soll die Schweiz, wenn immer möglich, eine kohärente Neutralitätspolitik verfolgen und diese klar kommunizieren, sodass sie von der internationalen Gemeinschaft und Partnerstaaten verstanden werden.

3. Friedens- und Demokratieförderung

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT IST EINE INVESTITION

Die Schweiz soll in die Entwicklungszusammenarbeit konsistent investieren. Diese Politik gehört zur humanitären Tradition der Schweiz und trägt dazu bei, die Glaubwürdigkeit der Schweizer Aussenpolitik zu erhöhen. Zusätzlich werden dank diesen Investitionen die Ursachen von globalen Krisen adressiert.

Wirkungsweise: Die Entwicklungszusammenarbeit ist kein verschwendetes Geld, sondern eine Investition in die Zukunft, welche globale Krisen vermeiden kann. Zum Beispiel im Bereich der Migration: dank der Entwicklungszusammenarbeit kann wirtschaftliche und soziale Stabilisierung erreicht werden, was die Fluchtursachen bekämpft. Dank diesem Engagement gegen die Ursachen globaler Krisen wird die Schweizer Aussenpolitik glaubwürdiger, sodass die Schweiz ihre Ziele besser erreichen kann. Zusätzlich ist eine Klimapolitik, welche die Entwicklungsproblematiken berücksichtigt, fairer für alle Länder und wirksamer, da sie zur Mobilisierung aller Kräfte dient.

Umsetzung: Die Schweiz spart nicht in der Entwicklungszusammenarbeit, sondern investiert konsistent in Entwicklungsprojekte. Sie präsentiert ihre Bestrebungen in diesem Bereich als eine Investition in die Zukunft und für eine stabile und wohlhabende Welt und nimmt diese Verantwortung als Teil ihrer humanitären Tradition wahr. Die Schweiz engagiert sich für Klimagerechtigkeit und anerkennt ihre Rolle in der aktuellen Klimakrise. Sie setzt sich für eine tragbare Klimapolitik, welche die Entwicklungsbestrebungen bestimmter Länder nicht bremst.

WIRTSCHAFT, BILDUNG, NACHHALTIGKEIT, ARMUTSBEKÄMPFUNG UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG BEI DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

Die Schweiz soll bei der Entwicklungszusammenarbeit Schwerpunkte setzen, welche mehr auf Wirtschaft, Bildung, Nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung und Gesundheitsförderung ausgerichtet sind.

Wirkungsweise: Um im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit langfristig Prosperität und Eigenständigkeit zu schaffen, muss die Schweiz mehr Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Dies bedeutet spezifisch Projekte in Bereichen wie Wirtschaft, Bildung, Nachhaltigkeit, Armutsbekämpfung und Gesundheitsförderung zu unterstützen – und somit eine langfristige und eigenständige Entwicklung des Einsatzlandes zu fördern. Durch die Weitergabe von Wissen und Technologien anstatt von Direkthilfen wird ebenfalls die Möglichkeit von Korruption reduziert.

Umsetzung: Die Schweiz fördert intensiv die Entwicklung der Wirtschaft und bindet auch den Schweizer Privatsektor stärker ein. Freihandelsverträge mit bestimmten, auf die Entwicklung des Partnerlandes ausgerichteten Rahmenbedingungen sollen ebenfalls die Entwicklung eines konkurrenzfähigen inländischen Marktes fördern. Gleichermassen soll Unterstützung bei der Bildung dafür sorgen, dass im Einsatzland ein Pool an qualifizierten Fachkräften entsteht, was den Wirtschaftsstandort fördert und ausländische Investitionen anzieht. Kreative Finanzierungslösungen sollen auch unterstützt werden, um die oftmals risikoreichere Investitionen in Entwicklungsländern zu fördern. Zusätzlich werden nur Projekte unterstützt, die in ihrem Kern nachhaltig sind und den Klimazielen der Schweiz nicht widersprechen.

WEITERFÜHRUNG DER MILITÄRISCHEN FRIEDENSFÖRDERUNG

Die Schweiz soll weiterhin im Rahmen der NATO Partnership for Peace (PFP) und anderen Organisationen (z.B. UNO) militärische Friedensförderung betreiben.

Wirkungsweise: Ein friedliches und regelbasiertes internationales System ist für ein kleines, exportorientiertes Land wie die Schweiz essenziell – deshalb muss sich die Schweiz dafür stark machen. Ein Beispiel für dieses Engagement besteht aus militärischer Friedensförderung mit Partnerorganisationen. Dies signalisiert der internationalen Gemeinschaft Engagement und wahrt die Glaubwürdigkeit der Schweiz als Staat, der sich konkret für Frieden und die Einhaltung des Rechts einsetzt.

Umsetzung: Die Schweiz führt ihr Engagement im Rahmen der NATO PFP weiter und prüft zusätzliche Einsätze im Rahmen von UN-Friedensmissionen. Die SWISSCOY Mission in Kosovo

ist hierfür ein gutes Beispiel. Somit erweitert die Schweiz die Kompetenzen ihrer Armee und engagiert sich stärker in der globalen Friedensförderung.

DIE BENUTZUNG VON KÜNSTLICHER INTELLIGENZ IN KRIEGSSITUATIONEN EINSCHRÄNKEN:

Die zunehmende Integration von Künstlicher Intelligenz (KI) in militärische Systeme stellt eine ernsthafte Herausforderung für die internationale Sicherheit dar. Die Schweiz muss mitarbeiten, um internationale Richtlinien für die Entwicklung von KI-Waffen abzuschliessen.

Wirkungsweise: Autonome Waffensysteme, die Entscheidungen ohne menschliches Eingreifen treffen können, bergen das Risiko, unkontrollierte Eskalationen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts zu verursachen. Die Geschwindigkeit, Präzision und Autonomie dieser Systeme übersteigen menschliche Fähigkeiten, was potenziell zu Fehlern oder unethischen Handlungen führt. Forschungsergebnisse zeigen, dass das Fehlen klarer internationaler Richtlinien zur Entwicklung von KI-Waffen ein Risiko für die globale Stabilität darstellt^{6,7}. Daher ist es von grosser Wichtigkeit, dass internationale Abkommen geschaffen werden, um den Einsatz von KI im Krieg zu regulieren. Solche Vereinbarungen könnten spezifische Einsatzbeschränkungen für autonome Waffen definieren und sicherstellen, dass eine menschliche Kontrolle in kritischen Situationen erhalten bleibt.

Umsetzung: Die Schweiz soll sich für eine internationale Regulierung von KI-gesteuerten Waffensystemen (Waffen, die autonom entscheiden, wann oder auf welches Ziel sie Gewalt anwenden) einsetzen, um zivile und andere vom Kriegs- und Humanitären Recht geschützten Personen zu bewahren.

4. Handelspolitik

NEUE FREIHANDELSABKOMMEN

Die Handelspolitik ist ein wichtiger Teil der Schweizer Aussenpolitik. Dank neuen Freihandelsabkommen werden wirtschaftliche Beziehungen über die Grenzen hinweg etabliert, welche den allgemeinen Wohlstand erhöhen. Dies muss jedoch im Einklang mit den Zielen für mehr Nachhaltigkeit geschehen.

Wirkungsweise: Die Schweiz hat schon Freihandelsabkommen mit diversen Ländern und regionalen Blöcken abgeschlossen⁸. Dank dem komparativen Kostenvorteil schafft Freihandel grundsätzlich mehr Wohlstand für alle teilnehmenden Staaten⁹. Die Eröffnung der Märkte stimuliert die Konkurrenz, fördert die Innovation und beschleunigt die

⁶ https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=2534567

⁷ <https://ftp.idu.ac.id/wp-content/uploads/ebook/tdg/MILITARY%20PLATFORM%20DESIGN/Army%20of%20None%20Autonomous%20Weapons%20and%20the%20Future%20of%20War.pdf>

⁸ https://www.seco.admin.ch/seco/de/home/Aussenwirtschaftspolitik_Wirtschaftliche_Zusammenarbeit/Wirtschaftsbeziehungen/Freihandelsabkommen/partner_fha.html

⁹ <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2021/12/was-ist-der-komparative-kostenvorteil/>

Verbreitung von neuen Technologien. Freihandel kann aber auch zur Friedenförderung beitragen und gegen die Blockbildung und die Fragmentierung des internationalen Systems wirken. Dank Freihandelsabkommen können die Handelsbeziehungen zwischen Schweizer Unternehmen und ihren ausländischen Partnern ausgeweitet werden. Diese wirtschaftliche Integration schafft Vertrauen zwischen den wirtschaftlichen Partnern sowie Abhängigkeiten, die einen Konflikt zwischen den entsprechenden Staaten unwahrscheinlicher machen.

Umsetzung: Die Schweiz bemüht sich weiterhin, sei es alleine oder mit ihren Partnern der EFTA, neue Freihandelsabkommen abzuschliessen, um einen erleichterten Zugang zu neuen Märkten zu erreichen. Sie versucht auch, Freihandelsabkommen mit Ländern und Regionen abzuschliessen, welche zurzeit keinen beträchtlichen Teil ihrer internationalen wirtschaftlichen Austausche darstellen. Sie berücksichtigt dabei die Nachhaltigkeitskomponente¹⁰.

DEN AGRARPROTEKTIONISMUS ABBAUEN

Die Schweiz ist ein Vorbild von Offenheit, wenn es sich um industrielle Güter handelt. Wenn es aber um landwirtschaftliche Produkte geht, handelt sie protektionistisch. Dies bremst das Abschliessen von neuen Freihandelsabkommen mit relevanten Ländern und muss revidiert werden.

Wirkungsweise: Am 1. Januar 2024 hat die Schweiz die Erhebung von Zöllen auf Industrieprodukte abgeschafft¹¹. Es ist erwartet, dass diese Massnahme dazu beiträgt, den Preis von diesen Gütern zu senken und das Phänomen der Hochpreisinsel Schweiz bekämpft. Diese vorbildliche Entscheidung kontrastiert stark mit der angewandten Politik bei landwirtschaftlichen Gütern. Der Import von Agrarprodukten in die Schweiz unterliegt einem komplexen System von Zöllen, welche im Jahr 2022 durchschnittlich 32% betragen¹². Zusätzlich wird es schwierig, Freihandelsabkommen mit Ländern abzuschliessen, welche einen starken Landwirtschaftssektor haben. Diese Länder möchten ihre Produkte in die Schweiz exportieren. Die Schweiz ist aber nicht dazu bereit, Konzessionen in diesem Bereich zu machen. Dies erschwert den Zugang auf neue Märkte für die Schweizer Exportwirtschaft.

Umsetzung: Die Schweiz zeigt sich bereit, Kompromisse auch im landwirtschaftlichen Bereich zu machen, um neue Freihandelsabkommen abzuschliessen. Sie ändert schrittweise ihre Zollpolitik, um die Schweizer Landwirtschaft fit für den internationalen Wettbewerb zu machen. Gleichzeitig sorgt sie dafür, dass die in der Schweiz strengen Produktionsnormen auch für importierte Agrarprodukte angewendet werden, um einen fairen Wettbewerb zu gewährleisten. Diese Öffnung muss geschehen, ohne die Ernährungssicherheit im Inland zu gefährden.

¹⁰ Siehe PP Nachhaltige Wirtschaft

¹¹ <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2023/12/wie-die-schweiz-vom-abbau-der-industriezoelle-profitiert/>

¹² <https://www.economiesuisse.ch/de/dossier-politik/wie-funktioniert-der-grenzschutz-0>

5. Europapolitik

VERSTÄRKT ZUSAMMENARBEIT MIT DER EU

Die Schweiz soll ihr europäisches Schicksal anerkennen. Sie soll ihre Beziehungen mit der EU dank neuen bilateralen Abkommen stabilisieren.

Wirkungsweise: Die Schweiz profitiert besonders von ihrem partiellen Zugang zum EU-Binnenmarkt¹³. Die bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU, die seit dem Anfang des Jahrhunderts umgesetzt werden, tragen zum Wohlstand der Schweiz bei. Diese Verträge sind aber veraltet; sie müssen aktualisiert werden und durch neue Verträge über weitere Sektoren ergänzt werden. Am Ende von 2024 kündigte der Bundesrat an, dass die materiellen Verhandlungen für neue Abkommen mit der EU abgeschlossen wurden¹⁴. Die Schweiz soll jetzt diese neuen bilateralen Abkommen ratifizieren und umsetzen. Diese neuen bilateralen Abkommen (auch Bilateralen III genannt) sind im Interesse der Schweiz und stabilisieren ihre Verhältnisse mit der EU für die kommenden Jahre.

Umsetzung: Grundsätzlich setzt sich die Schweiz europafreundlicher ein und trägt dazu bei, die Kooperation mit ihren europäischen Partnern zu stärken. Die Schweiz ratifiziert und setzt die neuen, mit der EU verhandelten bilateralen Verträge um.

DIE SCHWEIZ BRAUCHT EUROPÄISCHE PERSPEKTIVEN

Die Schweiz gehört zum Europäischen Kontinent in einer globalisierten Welt. Die EU ist unsere verlässlichste Partnerin. Langfristig lohnt sich daher eine Integration in die europäischen Konstrukte, solange sich der Liberalismus und der Föderalismus durch institutionelle Verbesserungen in der EU durchsetzen und das Demokratieverständnis in der EU sich dem Schweizer Demokratieverständnis annähert.

Wirkungsweise: Angesichts der geopolitischen Lage sollte die Schweiz sich nicht nur auf die bestehenden Abkommen beschränken, sondern auch weitere Kooperationsfelder mit der EU suchen. Ein kategorischer Ausschluss eines EU-Beitritts ist nicht sinnvoll. In der heutigen gespaltenen Welt und der Politik der Grossmächten ist es im Interesse der Schweiz mit der EU, starke europäische Institutionen aufzubauen. Ein EU-Beitritt würde das Mitspracherecht der Schweiz auf ihrem Kontinent stärken und verhindern, dass EU-Beschlüsse stillschweigend akzeptiert werden müssen. Die Schweiz zieht aber einen EU-Beitritt nicht bedingungslos in Betracht. Als Vorbedingungen müssen eine Stärkung der föderalistischen und dezentralen Merkmale der europäischen Institutionen sowie ein liberales Mindset in der Gesetzgebung, dass die Bürokratie unter Kontrolle hält, gegeben sein. Zusätzlich müssen die Besonderheiten der Schweizer Demokratie anerkannt und erhalten werden. Es werden Reformen in der EU erwartet, welche die Demokratie stärken, was eine Annäherung an die Schweizer Standards bedeutet. Als Zwischenschritt kann ein Beitritt in den Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) sinnvoll sein.

Umsetzung: Nach der Ratifizierung der Bilateralen III denkt die Schweiz weiter. Sie setzt sich intensiver an der Erarbeitung von weiteren bilateralen Abkommen ein, welche ihr weitere Zugänge zum Binnenmarkt gewähren und auch nicht-wirtschaftliche Kooperationsaspekte

¹³ https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/EZ_Study_SingleMarket.pdf

¹⁴ <https://www.admin.ch/gov/de/start/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-103692.html>

regeln. Dabei sucht sie weitere Kooperationsfelder mit der EU und nähert sich weiter den europäischen Standards an. Langfristig prüft sie einen EWR- sowie einen EU-Beitritt und bereitet sich darauf vor, damit sie für den Fall einer Verbesserung der Lage in der EU bereit ist.